



Fraktionsvorsitz:

Marco Gräber

Telefon: +49 176 62 85 44 42

Stellv. Fraktionsvorsitz:

Marcus Schützek

Telefon: +49 176 24 78 17 10

E-Mail:

kontakt@afd-fraktion-gladbeck.de

Homepage:

www.afd-fraktion-gladbeck.de

An:

WAZ Gladbeck

Gladbecker Zeitung

Radio Emscher Lippe

Stadtspiegel Gladbeck (Herrn

Uwe Rath)

- Pressemitteilung -

- Debatte unerwünscht – Antrag von der Tagesordnung genommen -

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der letzten Ratssitzung am vergangenen Mittwoch wollte die AfD Fraktion im Rat der Stadt Gladbeck über das aktuelle Prozedere bei Testungen von Schulkindern in den Schulen Debattieren, da wir uns große Sorgen um die körperliche und psychische Gesundheit unserer Kinder machen. Die momentane Gesetzeslage sieht vor, dass Kinder sich selbst, bzw. mit Hilfe des Lehrpersonals zwei Mal die Woche testen lassen müssen. Andernfalls ist weder die Teilnahme am Präsenzunterricht, noch das Aufarbeiten des Lerninhaltes im Onlineunterricht möglich.

Wir als AfD Fraktion im Rat der Stadt Gladbeck wollten daher anregen, sich mit einem „Denkanstoß“ aus dem Rat der Stadt Gladbeck an das Land Nordrhein-Westfalen zu wenden, indem der Rat gewisse Zweifel an der Sinnhaftigkeit der momentanen Regelung der Testungen in den Schulen äußert. Positiv getestete Kinder sind nicht erst in der Schule positiv nachdem sie getestet wurden, sondern auch schon auf dem Weg in die Schule. Sei es zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem Bus. Gerade im letzteren Fall ist eine Kontaktnachverfolgung unmöglich. Sowohl in Schleswig-Holstein, als auch in Niedersachsen umgeht man hier auf elegantem Wege diese Problematik, indem man die Kinder von den Eltern zuhause testen lässt. Dies hat nicht nur zum Vorteil, dass keine positiv und negativ getesteten Kinder zusammen in überfüllten Bussen des ÖPNV sitzen, sondern auch, dass bei den massiv zusammengestrichenen Lehrplänen nicht noch weitere kostbare Zeit des Lernens durch morgendliche Testorgien in den Klassenräumen verstreicht.

Ebenso sehen wir es sehr kritisch, dass die Kinder sich im Beisein aller Klassenkameraden testen müssen. Aus psychologischer Sicht sinnvoller wäre, sich im sicheren und unbeobachteten Elternhaus zu testen. Man stelle sich vor, ein Kind wäre positiv. Die hieraus entstehende Gefahr von möglichen Hänseleien oder gar Mobbingattacken durch die Mitschüler sollte durch die Vorgehensweise aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen zum Wohle unserer Kinder vermieden werden.

Durch die Bundesregierung und auch das dazutun der Medien wird eine regelrechte Panik geschürt. Unsere Jüngsten können noch nicht reflektiert und differenziert auf einen solchen Sachverhalt schauen. Es ist zu befürchten, dass nicht nur bei den positiv getesteten Schülern Unbehagen gefördert wird, sondern auch das Mitschüler, die sich in unmittelbarer Nähe zu positiv Getestet befanden, Angst und im schlimmsten Fall Panik bekommen, dass sie nun ebenfalls positiv sein könnten.

All dies könnte umgangen werden, indem man die Testungen in die Hände derjenigen legt, in denen Kinder am besten aufgehoben sind. Nämlich in die ihrer Eltern.

Anstatt jedoch über unseren Vorschlag zu diskutieren, was im Kern die Aufgabe eines jeden Parlamentes, egal welcher Größenordnung ist, taten sich alle Fraktionen im Rat der Stadt Gladbeck zusammen und setzten unseren Antrag von der Tagesordnung ab.

Dies taten sie mit einer mehr als fadenscheinigen Begründung. Da die Stadt Gladbeck an dieser Stelle nichts entscheiden könne, da Bildung Ländersache ist, bräuchte man auch nicht über die Gesundheit und das Wohlergehen unserer Kinder in den Schulen zu debattieren.

Eine derartige „Argumentation“ macht uns fassungslos. Die anderen Fraktionen der im Rat der Stadt Gladbeck vertretenen Parteien scheinen mit der Rolle des „Befehlsempfängers von oben“ zufrieden zu sein. Dies ist jedoch nicht das Ansinnen der AfD im Rat der Stadt Gladbeck. Für uns bedeutet Subsidiarität eben nicht stumpfes abnicken dessen, was „von oben“ kommt, sondern kritisches Hinterfragen der Fakten und eigenverantwortliches Handeln. Wenn sich große Teile der 373 Kommunen in NRW kritisch zu getroffenen Maßnahmen äußern würden, dann kann eine Landesregierung nicht einfach wegschauen und über die Bedenken der Kommunen hinwegregieren.

Leider zeugt dies einmal mehr von einem fragwürdigen Demokratieverständnis der Altparteien auch in Gladbeck. Anstatt eine offene Debatte zu führen nehmen Sie unliebsame Tagesordnungspunkte einfach von der Tagesordnung, weil man sich mit der Rolle des „Befehlsempfängers“ bereits seit Jahrzehnten zufrieden gibt. Zum Glück gibt es seit der letzten Kommunalwahl wieder eine echte Opposition im Rat der Stadt Gladbeck, die sich mit dieser Rolle nicht zufrieden gibt.

Mit freundlichen Grüßen

Marco Gräber
Fraktionsvorsitzender

Marcus Schützek
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender